

5 **Beschluss**

6 **KPV-Landesversammlung**

7 **vom 31. Oktober 2012 in Rendsburg**
8
9
10

11 **„Erträge aus der Grundsicherung vom Bund gehören in erster Linie den Kommunen! –** 12 **Wider die klebrigen Finger der Finanzministerin“** 13

14 Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Schleswig-Holstein (KPV) fordert die Landes-
15 regierung auf, die Übernahme der Kosten der Grundsicherung und bei Erwerbsminderung in
16 Jahr 2013 durch den Bund vollständig den Kommunen zugute kommen zu lassen. Sie muss
17 von ihren Plänen Abstand nehmen, aus dieser Bundesleistung 13 Mio € in die Landeskasse
18 abzuzweigen. Zielsetzung der Bundesregierung und der CDU-geführten Koalition im Bund
19 war es, die Kommunen zu entlasten. Deshalb müssen die Entlastungseffekte für 2013 voll-
20 ständig den Kommunen zugute kommen.
21

22 **Begründung:** 23

24 Die bürgerliche Koalition aus CDU/CSU und FDP hat beschlossen, die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise vollständig durch den Bund zu übernehmen. In diesem Jahr übernimmt der Bund 45%, im Jahr 2013 75% und im Jahr 2014 100% der Kosten. Bundesweit macht dies im kommenden Jahr ein Entlastungsvolumen in Höhe von ca. 3,2 Mrd € aus, bei vollständiger Übernahme steigt die Entlastungen in den kommenden Jahren auf über 5 Mrd €. Dies ist die größte Entlastung für die Kommunen, die es seitens des Bundes je gegeben hat. Damit korrigiert die bürgerliche Koalition eine rot-grüne Gesetzgebung, mit der die Grundsicherung eingeführt worden war, aber die Kosten weitgehend allein den Kommunen übertragen wurden.
33

34 Für Schleswig-Holstein macht die Grundsicherung Gesamtkosten in Höhe von ca. 200 Mio € aus. An diesen Kosten der Kommunen hatte sich das Land mit ca. 35,6 Mio € beteiligt.
36

37 In der ersten Entlastungsstufe 2012 (45%) ist die Entlastung in Höhe von ca. 90 Mio € vollständig den Kommunen zugute gekommen. Die Landesregierung und der damalige Finanzminister Rainer Wiegard hatten bewusst darauf verzichtet, einen prozentualen Anteil zugunsten des Landeshaushaltes zu beanspruchen.
41

42 Genau dies will jedoch die neue Landesregierung für 2013 tun. Finanzministerin Heinold hat klebrige Finger bekommen: Das Geld des Bundes wird nicht den Kommunen direkt, sondern über die Länder ausgezahlt. Auf diesem Weg reklamiert sie jetzt den 75%igen Anteil auf die Landesleistung (26 Mio €) für den Landeshaushalt – und bietet „generös“ den Kommunen an, auf die Hälfte davon zu verzichten: 13 Mio € Abzug für die Landeskasse würden reichen.
47

48 Dies darf nicht geschehen. Die Koalition im Bund hat die Übernahme der Grundsicherung
49 ausdrücklich beschlossen, um den Kommunen zu helfen, nicht den Landesfinanzministern.
50 Deshalb muss die Entlastung in erster Linie auch bei den Kommunen ankommen. Erst in der
51 letzten Stufe 2014, wenn der Bund die Kosten zu 100% erstattet, kann das Land auch seinen
52 Anteil in Anspruch nehmen.

53
54 Warum sollte der Bund künftig noch Entlastungen für die Kommunen beschließen, wenn
55 Länder diese Entlastung für sich selber abzweigen?

56
57 Auch in anderen Bundesländern gibt es ähnliche Versuche, z.B. in Baden-Württemberg, wo
58 die grün-rote Landesregierung den Kommunalen Finanzausgleich kürzen will, weil die Kom-
59 munen ja zusätzliche Gelder vom Bund erhalten. Dagegen hatte sich auch der Bundespartei-
60 tag der CDU Deutschlands im vergangenen Jahr mit einem von der KPV initiierten Beschluss
61 gewandt und die vollständige Entlastung zugunsten der Kommunen eingefordert.

62
63 Das Verhalten der Landesregierung entlarvt sich darüberhinaus als unfaire Taschenspieler-
64 tricks, da sie gleichzeitig den Kommunen „großzügigst“ 15 Mio € zusätzlich für den Ausbau
65 von Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren in Höhe von 15 Mio € anbietet.
66 Tatsächlich handelt es sich bei diesem Geld genau um das Geld, das die Landesregierung
67 vorher den Kommunen genommen hat. Das erinnert an das Hütchenspiel: Wir wissen, dass
68 irgendwo Geld ist, aber im entscheidenden Moment ist es doch nicht da, sondern schon
69 längst woanders. In diesem Fall in der Kasse der Finanzministerin. Und Innenminister Breit-
70 ner macht nach gute Miene zum bösen Spiel.

71
72 Dieses Spiel darf nicht aufgehen – die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der
73 CDU in Schleswig-Holstein reklamieren die Entlastungsleistungen des Bundes für 2013 voll-
74 ständig zugunsten der Kommunen.

75
76
77 Für den KPV-Landesvorstand
78 Ingbert Liebing, MdB